

70'000 Ukrainer leben in der Schweiz

Gut ein Drittel der Personen im erwerbsfähigen Alter hat einen Job. Die Behörden wollen die Arbeitsmarktintegration stärken.

Julian Spörri und Kari Kälin

Am 24. Februar 2022 liess Russland Panzer in Richtung Kiew rollen. Rund 7 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer sind seither ins Ausland geflüchtet. Allein in den ersten zwei Wochen nach Ausbruch des Krieges verliessen zwei Millionen das Land in Richtung Schengenraum. So präsentiert sich die Situation vier Jahre nach Kriegsausbruch in der Schweiz.

Ausmass der Flüchtlingswelle

Über 126'000 Personen haben seither ein Gesuch für den Schutzstatus S gestellt. Im ersten Jahr war der Ansturm mit fast 75'000 Gesuchen am grössten. 2025 kamen noch rund 12'000 neue Anfragen hinzu. Abgenommen hat auch die Schutzquote. Während im ersten Jahr des Krieges fast alle geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer aufgenommen wurden, erhielt letztes Jahr jeder und jede Fünfte einen negativen Bescheid. Das hat damit zu tun, dass der Bund diverse Massnahmen zur Missbrauchsbekämpfung ergriff. So ermöglicht etwa ein Datenschutzabkommen mit Ungarn bessere Abklärungen zur Herkunft.

Frauen sind in der Überzahl

Die Zahl entspricht fast dem Doppelten der Bevölkerung des Kantons Uri: Aktuell halten sich

über 71'000 Geflüchtete aus der Ukraine in der Schweiz auf. Darunter befinden sich rund 1500 Personen mit einer anderen Staatsangehörigkeit als der ukrainischen, die aber vor dem 24. Februar 2022 ihren Wohnsitz in der Ukraine hatten.

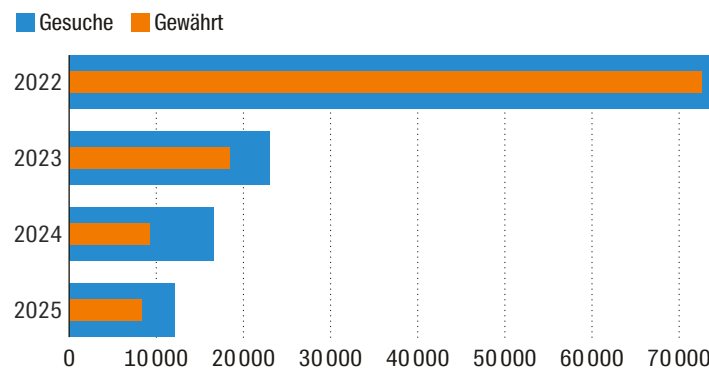
60 Prozent sind Frauen, 40 Prozent Männer. Die Flüchtlingswelle unterscheidet sich damit von der Asylbevölkerung aus anderen Ländern, bei denen junge Männer überrepräsentiert sind – zumal die Ukrainerinnen oft über eine gute Ausbildung und Universitätsabschlüsse verfügen. 63 Prozent der Personen mit Schutzstatus S sind im erwerbsfähigen Alter. Ungefähr ein Viertel sind minderjährig. Tausende Kinder wurden in den Kantonen eingeschult.

Die Wohnsituation

Ohne die Solidarität der Schweizer Bevölkerung hätte die Flüchtlingswelle nicht bewältigt werden können. Zwischenzeitlich wohnten bis zu 65 Prozent der Geflüchteten bei Gastfamilien. Inzwischen hat sich ihre Zahl deutlich reduziert. Zwei Beispiele: Lebten Ende 2022 im Kanton Basel-Stadt noch über 200 Ukrainerinnen und Ukrainer bei Gastfamilien, waren es Ende 2025 nur noch neun. Im Aargau sank die Zahl der privat Untergebrachten im gleichen Zeitraum von 2148 auf 877 Personen.

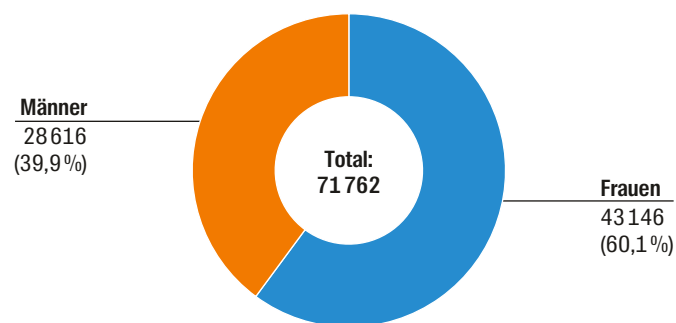
Weniger Ukrainer suchen Schutz in der Schweiz

Zahl der neuen Gesuche und bewilligten Schutzstatus-S-Entscheide pro Jahr



Mehrheit der ukrainischen Geflüchteten sind Frauen

Ukrainische Geflüchtete in der Schweiz nach Geschlecht (Stand: Dezember 2025)



Quelle: Staatssekretariat für Migration/Grafik: fee, let

Die Gründe sind vielfältig: Mit dem Rückgang der Neuankommlinge konnten die Kantone wieder vermehrt auf reguläre Asylstrukturen zurückgreifen. Ohnehin waren viele private Angebote von Anfang an nur als temporäre Lösung gedacht. Neue Lebenssituationen und

unterschiedliche Vorstellungen über das Zusammenleben hätten jedoch ebenfalls zum Ende von Gastverhältnissen geführt, teilt eine Sprecherin des Aargauer Sozialdepartements mit.

«Die anfänglich hohe Solidaritätsbereitschaft stiess auf langfristige Herausforderun-

gen: Viele Gastfamilien unterschätzten den organisatorischen und emotionalen Aufwand, der mit einer längerfristigen Aufnahme verbunden ist», bestätigt der Kanton Thurgau. Grundsätzlich ist der Rückgang der Ukrainer in Gastfamilien jedoch auch ein positives Zeichen: Viele Geflüchtete zogen in eigene Wohnungen um. Das ist Ausdruck eines fortgeschrittenen Integrationsprozesses.

Die Rückkehr in die Ukraine

Letztes Jahr wurde der Schutzstatus bei fast 6000 Geflüchteten aus der Ukraine beendet. Im Vergleich zu den Vorjahren ist das eher wenig. Insgesamt wurde in den vier Jahren seit Kriegsausbruch über 36'000 Mal der Schutzstatus aufgehoben.

Nur in Einzelfällen handelte es sich dabei um eine Sanktion der Behörden, etwa infolge von Straffälligkeit. In der Regel erlischt der Schutzstatus, weil eine Person selbst darauf verzichtet oder die Schweiz verlässt.

Das Staatssekretariat für Migration schlüsselt die Gründe für die Beendigung des Schutzstatus S nicht auf. Aber es weiss, dass seit Kriegsbeginn über 11'000 Personen mit einer finanziellen Rückkehrunterstützung in die Ukraine ausgereist sind. Der Zustupf beträgt 500 Franken pro Person. Wohin die übrigen rund 25'000 Ukrainerinnen und Ukrainer gezogen

sind, wissen die Schweizer Behörden nicht.

Integration in die Arbeitswelt

Bis Ende 2025 hat die Hälfte aller Ukrainerinnen und Ukrainer im erwerbsfähigen Alter einen Job: Das war die Zielvorgabe des Bundes. Doch sie scheitert an der Realität. Gut 16'000 Personen (36 Prozent) stehen im Arbeitsmarkt. Bei jenen, die im ersten Kriegsjahr in unser Land kamen, liegt die Erwerbsquote mit 45,9 Prozent höher. Im Durchschnitt bestreiten die Geflüchteten ein 70-Prozent-Pensum, viele sind nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen.

Die kantonalen Unterschiede sind gross. Im Kanton Genf arbeiten lediglich 17,7 Prozent, in Appenzell Innerrhoden sind es 69,9 Prozent. Die Kantone Aargau (45,2), Luzern (39,3) und St. Gallen (43) liegen über dem helvetischen Durchschnitt. Die beträchtlichen Differenzen sind zum Teil auf die Unterschiede bei der Wirtschaftsstruktur und beim regionalen Arbeitsmarkt zurückzuführen. Kleine Kantone haben den Vorteil, dass die Wege von Behörden zu Arbeitgebern oft kürzer sind. Die öffentliche Hand finanziert diverse Integrationsmassnahmen wie Sprachkurse. Bund und Kantone wollen weitere Fortschritte erzielen bei der Arbeitsmarktintegration, aber auch bei der Anerkennung von Diplomen.